

**Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich**

**Sitzungstermin: Montag, 07.04.2008**

**Raum: Ratssaal des Rathauses**

**Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr**

**Sitzungsende: 19:04 Uhr**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr Rainer Zörgiebel                      UWG

**ordentliche Mitglieder**

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen      CDU

Frau Susanne Lamers                      CDU

Herr Alfons Langfermann                CDU

Herr Hans-Dieter Röben                 CDU

Herr Jürgen Haake                         FDP                                      bis 18:10 Uhr

Frau Evelyn Fisbeck                      FDP                                      für Jürgen Haake ab 18:10 Uhr

Herr Rüdiger Kramer                      SPD

Herr Lars Krause                          SPD

Frau Monika Sager-Gertje                SPD

Herr Dieter Güttler                        SPD                                      für Werner Skirde

Herr Gerd Langhorst                      B90/Grüne

**Verwaltung**

Herr Bürgermeister Dieter Decker      bis 18:57 Uhr

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Stefan Unnewehr

Herr Guido Zech

Herr Ralf Kobbe                             Protokoll

**Gäste**

Frau Evelyn Fisbeck                      FDP                                      bis 18:10 Uhr

Herr Thomas Aufleger vom Planungsbüro NWP

Frau Andrea Busse vom Büro Diekmann und Mosebach

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Wolfgang Müller von der Nordwest-Zeitung

sowie 11 weitere Zuhörer

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Herr Werner Skirde                        SPD

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.02.2008
- 4 38. Flächennutzungsplanänderung - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord  
Vorlage: 2008/028
- 5 Aufstellung Bebauungsplan 86 - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord  
Vorlage: 2008/029
- 6 40. Änderung des Flächennutzungsplanes - Beachclub Nethen  
Vorlage: 2008/030
- 7 Aufstellung Bebauungsplan 83a - Beachclub Nethen  
Vorlage: 2008/033
- 8 Wohnmobilstellplätze in der Gemeinde Rastede - Kostenalternativen -  
Vorlage: 2007/202 B
- 9 Maßnahmen im Deckenprogramm für das Jahr 2008  
Vorlage: 2007/179
- 10 Ausbau Peterstraße, Festlegung Ausbauquerschnitt  
Vorlage: 2008/031
- 11 Planung "Bürgermeistertrasse"  
Vorlage: 2008/038
- 12 Energiebericht 2007  
Vorlage: 2008/037
- 13 "Förderung junger Familien zum Erwerb von Altimmobilien"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 2008/036
- 14 Fortschreibung Dorferneuerungsprogramm  
Vorlage: 2008/035
- 15 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Auf Wunsch der Verwaltung wird der TOP 12 „Inwertsetzung Denkmalsplatz“ von der Tagesordnung abgesetzt.

**Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:**

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.02.2008**

Frau Sager-Gertje bemerkt, dass es ihr beim TOP 4 „Bebauungsplan 63 F - Wahnbek - Hohe Brink“ nicht darum ging, die Glaubwürdigkeit der Verwaltung besonders herauszustellen, sondern die Bedeutung der politischen Beschlüsse hervorzuheben. Sie stellt in diesem Zusammenhang heraus, dass sich die Bürger auf eine von der Politik getroffenen Entscheidung verlassen müssen.

**Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:**

Die geänderte Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 18.02.2008 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**38. Flächennutzungsplanänderung - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord  
Vorlage: 2008/028**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan stellt zunächst die in der Anlage zur Vorlage erläuterten wesentlichen Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung sowie die Abwägungsvorschläge vor, und erklärt, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen nunmehr die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden kann.

Herr von Essen weist darauf hin, dass es eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe ist, wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um insbesondere auch den jüngeren Menschen in der Gemeinde Rastede eine berufliche Perspektive aufzeigen zu können. Vor diesem Hintergrund haben sich bisher alle Fraktionen für eine weitere gewerbliche Entwicklung am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord ausgesprochen.

Auf Nachfrage von Herrn Kramer erläutert Herr Aufleger, dass der Flächennutzungsplan die Flächen generalisiert als gewerbliche Baufläche darstellt. Details werden grundsätzlich im Bebauungsplan geregelt.

Herr Langhorst legt dar, dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Erweiterung des Gewerbegebiets am Standort Autobahnkreuz Oldenburg-Nord für richtig erachtet. Allerdings muss deutlich aufgezeigt werden, wie die versprochene großzügige Kompensation erfolgt, wie die gewerblichen Flächen genutzt werden und wie die künftigen Planungsziele der Gemeinde aussehen. Grundsätzlich sollte es im Verlauf der weiteren Planung Zielsetzung sein, einen Kompromiss mit den Anwohnern zu finden, um die Bevölkerung bei der weiteren Entwicklung der Gemeinde mitnehmen zu können.

Auf Anfrage von Herrn Krause erklärt Herr Aufleger, dass ein Ausgleich des Waldes im Verhältnis von mehr als 1:1 erfolgt. Außerdem werden 7 ha waldverbessernde Maßnahmen durchgeführt, sodass daraus ein Ausgleich von 1:2 resultiert.

Herr Kramer bemerkt zu diesem Tagesordnungspunkt, dass grundsätzlich nur Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan gegeben werden sollten.

Frau Sager-Gertje erklärt, dass eine weitere gewerbliche Entwicklung am Schafjückenweg positiv von der SPD bewertet wird. Daher kann der Flächennutzungsplan-Änderung durchaus zugestimmt werden, obwohl die im Bebauungsplan vorgesehene Ausweisung als Industriegebiet abgelehnt wird.

Bürgermeister Decker stellt dar, dass im Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord derzeit rund 300 Arbeitsplätze vorhanden sind, wovon 2/3 nach der Ansiedlung des jeweiligen Betriebs neu geschaffen worden sind. Darüber hinaus wurden von den dort ansässigen Unternehmen im vergangenen Jahr 22 Prozent des gesamten Gewerbesteueraufkommens entrichtet, was nicht unerheblich zur positiven Gesamtsituation der Gemeinde Rastede beigetragen hat.

Im Übrigen wird die Vergabe von gemeindeeigenen Grundstücken für Industrie- und Gewerbebetriebe immer vom VA entschieden, sodass auch auf diesem Wege eine Steuerung hinsichtlich der künftigen Ansiedlung von Betrieben gegeben ist und somit keine Ängste geschürt werden müssen.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die 38. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 07.04.2008 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf 38. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 5**

**Aufstellung Bebauungsplan 86 - Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord  
Vorlage: 2008/029**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwestplan stellt zunächst die in der Anlage zur Vorlage erläuterten wesentlichen Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung sowie die Abwägungsvorschläge vor, und erklärt, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen nunmehr die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden kann.

Herr Kramer erinnert daran, dass in den Vorgesprächen und bei der Entscheidung über den Ankauf der Flächen immer davon gesprochen wurde, dass ein Gewerbegebiet entstehen soll. Erst als im Oktober 2007 der Vorentwurf auf den Weg gebracht wurde, konnte aus den Unterlagen entnommen werden, dass ein Industriegebiet geschaffen werden soll. Seitdem hat sich die SPD-Fraktion ausführlich mit der Thematik befasst und ist zu dem Entschluss gekommen, die Schaffung eines reinen Industriegebiets abzulehnen, da dort in der Regel Betriebe angesiedelt werden, die in anderen Gebieten unzulässig sind. Somit ist mit erhöhten Emissionen, insbesondere durch Lärm und Luftverunreinigungen, zu rechnen, die nicht nur die angrenzenden Gewerbebetriebe, sondern auch die Menschen in der Umgebung erheblich beeinträchtigen. Im Hinblick auf die gewünschte Eingrünung erläutert er, dass mindestens die 20 m breite Bauverbotszone bepflanzt und die Wallheckenstruktur erhalten werden sollte, um das Landschaftsbild zu bewahren. Im Übrigen hat bislang auch die vorhandene Eingrünung des Gewerbegebiets keine Nachteile mit sich gebracht.

Herr Henkel legt dar, dass die Schaffung eines Industriegebiets zwar ein erheblicher Eingriff in die Natur darstellt, doch seitens der Gemeinde Rastede ein großzügiger und ökologisch nachhaltiger Ausgleich vorgesehen ist. Eine Ausweisung als Industriegebiet wurde aus vermarktungstechnischen Gründen gewählt, um sich von den vielfältigen Angeboten der Umlandkommunen abheben zu können. Er spricht sich dafür aus, an diesem exponierten und nachgefragten Standort, der einen großen Abstand zur Wohnbebauung aufweist, alle möglichen Vorteile zu nutzen, um attraktive Betriebe für Rastede gewinnen zu können. Darüber hinaus stellen mögliche Eingrünungsmaßnahmen und an mehreren Stellen durchbrochenen Wallhecken nicht mehr als ökologische Kosmetik dar, sodass hiervon aus planerischen Gründen Abstand genommen werden sollte. Nach den bisherigen Erfahrungen ist allemal davon auszugehen, dass die Unternehmen wie bisher ihre Grundstücke in Eigenregie bepflanzen.

Frau Sager-Gertje bemerkt, dass die Ausgleichsmaßnahmen für die in Anspruch genommenen Waldflächen auch im Falle einer reinen Ausweisung als Gewerbegebiet notwendig sind. Außerdem soll die von der SPD geforderte Eingrünung des Gebietes nicht im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen erfolgen, sondern das Landschaftsbild optisch aufwerten.

Herr Aufleger erklärt ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Henkel, dass die Ausweisung als Industriegebiet deutlich bessere Vermarktungsmöglichkeiten bietet. So kann Rastede im interkommunalen Wettbewerb einen deutlichen Standortvorteil gegenüber anderen Kommunen erzielen.

Frau Sager-Gertje führt ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Kramer aus, dass aufgrund der bisherigen Erfahrungen nichts dagegen spricht, das bereits vorhandene Gewerbegebiet am Autobahnkreuz-Nord zu erweitern, und zwar in Fortführung der bisherigen Ausweisungspraxis. Nicht nachvollziehbar ist aus Sicht der SPD, warum ohne Not ein Industriegebiet ausgewiesen werden muss, wodurch die Gemeinde in diesem Bereich nachhaltig negativ verändert wird. Dies ist aufgrund der derzeitigen positiven wirtschaftlichen Situation überhaupt nicht notwendig, sodass die Gemeinde darauf verzichten sollte, jeden nur denkbaren Betrieb anzusiedeln. Im Übrigen finden nur eine unzureichende Abwägung der Belange Natur und Landschaft mit dem Belang Industriegebietsausweisung statt. Erwartet wird eine vernünftige Abwägung, die die Ratsmitglieder in die Lage versetzt, eine für die Gemeinde gute Entscheidung zu treffen. Dazu gehört unter anderem die Frage nach den zukünftigen Betriebsarten, die Auseinandersetzung mit dem Regionalen Raumordnungskonzept und der Funktion von Natur- und Landschaft.

Bürgermeister Decker gibt zu verstehen, dass sich die Gemeinde Rastede keine Wohlstandsdiskussion im Hinblick auf die Ablehnung von ansiedlungswilligen Betrieben leisten kann. Gerade in der hiesigen Region ist es von großer Bedeutung, zusätzliche und zugleich wohnortsnahe Arbeitsplätze zu schaffen. Im Übrigen hat die Gemeinde Rastede immer darauf geachtet, welcher Betrieb in das örtliche Umfeld passt. Dies wird auch in Zukunft so bleiben, denn der Verwaltungsausschuss ist stets Herr des Verfahrens und entscheidet darüber, welche Firma sich hier ansiedelt. Bezüglich des Abwägungsprozesses macht er deutlich, dass in der Regel alle beteiligten Fachverbände ihre Maximalforderungen aufstellen. Aufgabe von Rat und Verwaltung ist es letztendlich, diese Beiträge aufeinander abzustimmen und dabei abzuwägen, was für die Gemeinde am Besten ist.

Herr von Essen schließt sich den Ausführungen von Bürgermeister Decker an und ergänzt, dass ein 20 m breiter Baumgürtel an der B 211 kaum an ein Unternehmen zu verkaufen ist, da diese Fläche von Betrieben nicht genutzt werden kann. Damit einher geht, dass die Fläche dauerhaft im Besitz der Gemeinde Rastede verbleibt, was zusätzliche Unterhaltungskosten mit sich bringt und obendrein den Verkaufspreis der bebaubaren Grundstücke erhöht.

Herr Langfermann erläutert, dass im Plangebiet die eigentliche Wallhecke im Verlauf der Jahrzehnte verschwunden beziehungsweise zu einem Wall mit hohen Bäumen degeneriert ist. Er spricht sich dafür aus, die vorhandenen Reste zu entfernen und wie vorgesehen an anderer Stelle hochwertig zu kompensieren.

Herr Krause führt ergänzend zu den Beiträgen von Herrn Kramer und Frau Sager-Gertje aus, dass im Zeitalter des Internets keine Notwendigkeit besteht, aus marketingstrategischen Gründen die Wallheckenstruktur und die Baumreihe entlang der B 211 zu entfernen.

Bürgermeister Decker erwidert, dass in unzähligen Gesprächen mit Unternehmern stets zum Ausdruck gekommen ist, dass die Betriebe sehr wohl gesehen werden wollen und auch nur nach Rastede kommen, wenn alle Rahmenbedingungen stimmen.

Herr Henkel ergänzt, dass es nicht nur um Sichtbeziehungen geht, sondern die Betriebe im Ergebnis bemüht sind, einen möglichst nachhaltigen Eindruck beim Kunden zu hinterlassen.

Herr Zörgiebel weist dem Beispiel der Firma Büfa in Liethe darauf hin, dass Unternehmen auch ohne Zwang ihr Betriebsgelände optimal eingrünen.



Herr Langhorst erklärt ergänzend zu seinen Ausführungen unter TOP 4, dass keine unnötigen Fronten aufgebaut werden sollten und die Bevölkerung ein Recht darauf hat zu erfahren, welche Emissionen zulässig und zu erwarten sind, inwieweit es bereits weitere Planungsabsichten der Gemeinde gibt und wie der angekündigte offensive Umgang mit dem Ausgleich aussieht. Er spricht sich dafür aus, die Erweiterungsfläche zunächst als Gewerbegebiet zu entwickeln. Sollte später ein für die Gemeinde Rastede interessanter Investor mit dieser Ausweisung nicht klar kommen, so kann von den politischen Gremien immer noch eine Änderung des Bebauungsplanes vorgenommen werden.

Bürgermeister betont, dass gemeindliche Planung nie zu Ende geht und daher heute noch nicht absehbar ist, was in 10 oder 20 Jahren vom Rat beschlossen wird.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 86 – Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 07.04.2008 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 86 – Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 6**

**40. Änderung des Flächennutzungsplanes - Beachclub Nethen**  
**Vorlage: 2008/030**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Busse vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach legt dar, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange keine nennenswerten Anregungen und Hinweise eingegangen sind, sodass nunmehr in der nächsten Ratssitzung der Satzungsbeschluss über die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes gefasst werden kann.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 07.04.2008 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes – Beachclub Nethen nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 7**

**Aufstellung Bebauungsplan 83a - Beachclub Nethen**  
**Vorlage: 2008/033**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Busse vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach betont, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange keine nennenswerten Anregungen und Hinweise eingegangen sind, sodass nunmehr in der nächsten Ratssitzung der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 83 A „Beachclub Nethen“ gefasst werden kann.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 07.04.2008 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 83a – Beachclub Nethen nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 8**

**Wohnmobilstellplätze in der Gemeinde Rastede - Kostenalternativen -  
Vorlage: 2007/202 B**

**Sitzungsverlauf:**

Herr von Essen betont, dass der Aufbau einer Ver- und Entsorgungsstation auf dem Parkplatz an der Eichendorffstraße wirtschaftlich kaum vertretbar ist, sodass der vorgelegte Beschlussvorschlag ausreichend erscheint.

Herr Kramer erklärt, dass der Parkplatz an der Eichendorffstraße derzeit für Wohnmobile aufgrund des Untergrunds nicht geeignet ist. Er regt an, in einem ersten Schritt die Stellplätze dort aufzuwerten und in weiteren Schritten die technischen Anlagen wie Ver- und Entsorgungseinrichtungen zu schaffen.

Herr Langhorst spricht sich dafür aus, das Thema Wohnmobilstellplätze weiter zu intensivieren und zu versuchen, gut betuchte Wohnmobilisten mit attraktiven Stellplätzen inklusive Ver- und Entsorgungsstation sowie den zahlreichen Veranstaltungen für Rastede zu interessieren. Er betont zudem, dass sich die dafür notwendigen Investitionen in Höhe von rund 30.000 Euro positiv auf den Tourismus auswirken und sich mit Sicherheit auszahlen werden.

Herr Krause greift noch einmal den Vorschlag von Herrn Kramer auf und betont, dass die Gemeinde Rastede die Möglichkeit nicht verwerfen sollte, mit geeigneten Wohnmobilstellplätzen zusätzliche Touristen anzuziehen.

Bürgermeister Decker legt dar, dass der Parkplatz an der Eichendorffstraße mit Schotter hergerichtet und mit einfachen Mitteln aufgewertet werden sollte, um in den kommenden beiden Jahren zunächst die Akzeptanz der Stellplätze testen zu können. Darüber hinaus sollten die im Gemeindegebiet befindlichen Wohnmobilstellplätze (Campingplatz Hahn einschließlich Entsorgungsstation, Eichendorffstraße, Bauernmuseum) aktiv in Werbemaßnahmen aufgenommen und klar ausgeschildert werden.

**Beschlussempfehlung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Gemeindegebiet befindlichen Wohnmobilstellplätze (Campingplatz Hahn einschließlich Entsorgungsstation, Eichendorffstraße, Bauernmuseum) aktiv in Werbemaßnahmen aufzunehmen und eine deutliche, einfache und klare Ausschilderung der Stellflächen vorzunehmen.

Von der Errichtung einer Ver- und Entsorgungsstation beim Bauernmuseum an der Raiffeisenstraße wird abgesehen.

Die Stellplätze auf dem Parkplatz Eichendorffstraße / Ecke Mühlenstraße werden beschottert und mit einfachen Mitteln optisch aufgewertet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 9**

**Maßnahmen im Deckenprogramm für das Jahr 2008**

**Vorlage: 2007/179**

**Sitzungsverlauf:**

Herr von Essen spricht sich deutlich für die Sanierung der vorgesehenen Straßen aus, gibt jedoch zu verstehen, dass beim Nethener Kirchweg auch der Einmündungsbereich zur Wiefelsteder Straße zu sanieren ist.

Herr Krause regt an, die Osterbergstraße zwischen der Einmündung Kamphof und Florianstraße analog zum bisherigen Ausbau herzustellen. Die vorgesehene Tränkung der Fahrbahn stellt für diesen Bereich keine vernünftige Alternative dar.

Herr Ammermann legt dar, dass die Fahrbahn der Osterbergstraße sehr schmal ist und daher ein kompletter Ausbau zunächst geprüft werden muss. Er schlägt vor, in diesem Jahr zunächst die Tränkung vorzunehmen und parallel hierzu eine Kostenschätzung für einen Ausbau zu erarbeiten.

Auf Nachfrage von Herrn Krause im Hinblick auf das nicht immer glückliche Sanierungsverfahren mit Bitumen und Splitt macht Bürgermeister Decker deutlich, dass sich die einzelnen Verfahren preislich deutlich unterscheiden. So ist zum Beispiel bei der Sanierung eines lediglich 300 m langen Teilstücks mit Mehrkosten von rund 30.000 Euro für eine Schwarzdecke zu rechnen.

Bürgermeister Decker betont, dass bei der vorgenommenen Bereisung der gemeindeeigenen Straßen deutlich geworden ist, dass die vorgesehene Sanierungsmethode für die Straße Im Kühlen Grunde aufgrund der geringen Verkehre noch einmal überdacht werden muss.

Herr Ammermann ergänzt, dass für die Straße möglicherweise ein Dünnschichtbelag als Sanierungsalternative geeignet ist.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erklärt Bürgermeister Decker, dass für die Sanierung des Bahnübergangs an der Straße Am Stratjebusch die Deutsche Bahn AG zuständig ist.

Auf weitere Anfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Ammermann, dass sich der Mitteldörper Weg in Wapeldorf nach der letztjährigen Sanierung in einem guten Zustand befindet.

Seitens der Ausschussmitglieder herrscht Einvernehmen darüber, die angeregten Ergänzungen im Hinblick auf die Ausbaulänge (Nethener Kirchweg), das Sanierungsverfahren (Im Kühlen Grunde) und die Erarbeitung einer Alternative (Osterbergstraße) bei der Umsetzung mit zu berücksichtigen.

**Beschlussempfehlung:**

Die nachstehend aufgeführten Straßen werden 2008 saniert:

## Niederschrift

---

An der Wapel	600 m	4.000 €
Osterbergstr.	60 m	1.000 €
Dwowed Seitenbereich 1. BA	250 m	15.500 €
Nethener Kirchweg	150 m	4.000 €
Uhlhornstraße	250 m	23.000 €
Wilhelmstraße	300 m	43.000 €
Am Stratjebusch	325 m	87.000 €
Im Kühlen Grunde	100 m	2.500 €
Jagdweg	50 m	1.500 €
Spreestraße	100 m	5.500 €
Wiemkenstraße	600 m	6.500 €
Stöltjstraße	100 m	4.000 €
Spillestraße	100 m	5.500 €

Die angeregten Ergänzungen im Hinblick auf die Ausbaulänge (Nethener Kirchweg), das Sanierungsverfahren (Im Kühlen Grunde) und die Erarbeitung einer Alternative (Osterbergstraße) sind bei der Umsetzung mit zu berücksichtigen.

Der 2. Bauabschnitt des Dwoweges wird 2009 saniert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 10**

**Ausbau Peterstraße, Festlegung Ausbauquerschnitt  
Vorlage: 2008/031**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Kramer betont, dass die SPD-Fraktion den vorgesehenen Ausbau der Peterstraße ausdrücklich begrüßt.

Herr Zörgiebel und Herr von Essen machen deutlich, dass der Ausbau schon seit längerer Zeit vorgesehen ist. Entsprechende Finanzmittel für die Planung und den Ausbau sind hierfür bereits in 2008 und 2009 veranschlagt.

**Beschlussempfehlung:**

Die Peterstraße wird zwischen Anton-Günther-Straße und dem Anschluss An der Bleiche niveaugleich in einer Mindestbreite von 4,75 m zuzüglich der Bordanlagen ausgebaut.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	



**Tagesordnungspunkt 11**

**Planung "Bürgermeistertrasse"**

**Vorlage: 2008/038**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Kramer und Herr von Essen sprechen sich übereinstimmend für die Variante 3 aus, die auch verkehrsgünstig an die Wilhelmshavener Straße angeschlossen werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erklärt Bürgermeister Decker, dass mit den Eigentümern bezüglich des notwendigen Flächenankaufs größtenteils Einigung erzielt werden konnte. Lediglich im Einmündungsbereich der geplanten Trasse zur Wilhelmshavener Straße sind noch Probleme auszuräumen.

Herr Langhorst erkundigt sich, ob eine Spüllösung mit einem Rohr zu einer Verladestelle eine sinnvolle Alternative darstellen könnte.

Herr Henkel legt dar, dass eine derartige Lösung im Planfeststellungsverfahren bereits geprüft worden ist. Immissionsschutzrechtliche sowie finanzielle Gründe haben dazu geführt, dass diese Möglichkeit keine Berücksichtigung fand.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Henkel, dass sich ein Planfeststellungsverfahren in der Regel über ein Jahr erstreckt.

**Beschlussempfehlung:**

Die Variante 3 für das Planfeststellungsverfahren wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 12**

**Energiebericht 2007**

**Vorlage: 2008/037**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Röben bemerkt, dass mithilfe der sehr aufwendigen Untersuchungen, die energetischen Schwächen der gemeindeeigenen Gebäude sehr deutlich aufgezeigt werden konnten, sodass auf dieser Grundlage eine Prioritätenliste erstellt werden kann.

Herr Krause erkundigt sich, womit die besonderen Ausreißer wie beispielsweise bei der Bücherei oder der Tannenkrugsiedlung zu erklären sind.

Bürgermeister Decker erklärt, dass in der Bücherei bis zum vergangenen Jahr noch sehr alte Fenster für die hohen Energieverluste verantwortlich waren. Zwischenzeitlich ist ein Austausch vorgenommen worden, sodass mit erheblichen Einsparungen zu rechnen ist. Im Hinblick auf die Tannenkrugsiedlung ist ein erhebliches benutzerspezifisches Fehlverhalten festgestellt worden.

Herr Langhorst gibt zu verstehen, dass mit dem Energiebericht ein wichtiger erster Schritt vollzogen worden ist. Jetzt gilt es, erste Vorhaben zügig umzusetzen, wobei selbstverständlich möglichst effiziente Maßnahmen Vorrang haben sollten.

Herr Kramer weist darauf hin, dass in einigen Gebäuden Geräte wie beispielsweise Trockner angeschlossen sind, die dort definitiv nicht zu suchen haben. Er bittet die Verwaltung, hier entsprechende Hinweise an die Nutzer zu geben.

Herr Ammermann legt dar, dass derartige Geräte bereits aus den Räumen verbannt worden sind.

**Beschlussempfehlung:**

Der Energiebericht 2007 wird zur Kenntnis genommen.

Die Energieausweise werden als Verbrauchsausweise erstellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 13**

**"Förderung junger Familien zum Erwerb von Altimmobilien"; Antrag Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 2008/036**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Langhorst beantragt, den Tagesordnungspunkt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen zurückzustellen.

Seitens der übrigen Ausschussmitglieder wird dieser Vorschlag begrüßt.

**Beschlussempfehlung:**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 14**

**Fortschreibung Dorferneuerungsprogramm**  
**Vorlage: 2008/035**

**Sitzungsverlauf:**

Herr von Essen betont, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag, Hahn-Lehmden für das Dorferneuerungsprogramm vorzuschlagen, ausdrücklich begrüßt, da insbesondere die Ortsdurchfahrt verschönert und bedarfsgerecht hergerichtet werden muss.

Frau Sager-Gertje und Herr Langhorst schließen sich den Ausführungen weitestgehend an, bemerken jedoch, dass auch bei einem negativen Votum bezüglich der Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm die bereits mehrfach in den politischen Gremien erörterten Maßnahmen in Hahn-Lehmden in Angriff genommen werden müssen.

Auf Nachfrage von Frau Sager-Gertje legt Herr Ammermann dar, dass eine Entscheidung über die Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm im Juni oder Juli zu erwarten ist.

**Beschlussempfehlung:**

Die Aufnahme des Ortes Hahn-Lehmden in das Dorferneuerungsprogramm wird beantragt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 15**

**Schließung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Zörgiebel schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 19:04 Uhr.